

«Alle wollen besser werden»

Die Verfahren für **Baubewilligungen und Raumplanungsdossiers** dauern zu lange. Dafür sind aber nicht nur die kantonalen Ämter verantwortlich, sondern auch die Gemeinden. Das zeigt der Bericht eines externen Juristen.

MIREILLE ROTZETTER

Was muss geschehen, damit Baubewilligungsgesuche schneller erteilt und Ortsplanungen in kürzerer Zeit bewilligt werden können? Diese Frage hat der Freiburger Jurist Alexis Overney zu beantworten versucht. Er hat dazu mit Vertretern von Gemeinden, Mitarbeitern kantonalen Ämtern sowie Architekten und Ingenieuren gesprochen. Sein eben fertiggestellter Bericht ist über 50 Seiten lang, das Fazit jedoch simpel: Damit die Verfahren weniger lange dauern, müssen alle Beteiligten besser arbeiten. Nicht nur der Kanton ist nach Meinung des Juristen in der Pflicht, sondern auch die Oberämter, externe Büros und die Gemeinden.

«Die Effizienz hängt von der Qualität der Dossiers ab, und dafür sind alle Beteiligten verantwortlich», sagte Maurice Ropraz, Direktor der Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion, gestern vor den Medien. Er hatte den Bericht letzten Juni in Auftrag gegeben, weil er nach einem Postulat der Grossräte Markus Bapst (CVP, Düdingen) und Jean-Daniel Wicht (FDP, Rossens) anerkannt hatte, dass die Verfahren zu viel Zeit in Anspruch nehmen.

Hilfe von aussen

Auf Ebene der Gemeinden hat der Jurist festgestellt, dass diese die Dossiers für Baubewilligungen oftmals nicht komplett an den Kanton weiterleiten. Dabei sei es ihre Aufgabe, die Dossiers zu kontrollieren. «Das verzögert die Verfahren sehr, denn die Ämter müssen die fehlenden Informationen nachträglich einholen», sagte Overney. Einige Gemeinden würden bei vereinfachten Verfahren zudem nicht die Ämter kontaktieren, was später zu bösen Überraschungen führen könne. Dann nämlich, wenn die Gemeinde eine Bewilligung erteilt hat, die der Kanton später entziehen muss; beispielsweise wenn die Vorschriften bezüglich Trinkwasserschutz nicht eingehalten



Alexis Overney (links) macht nicht nur die Direktion von Maurice Ropraz für lange Verfahren verantwortlich.

Bild Charles Ellena

wurden. Bei den Ortsplänen führen die Gemeinden gemäss Overney zu oft Teilrevisionen durch. So fehle den Ämtern die Zeit, die Totalrevisionen zu behandeln, obwohl diese für die Gemeinden wichtiger wären.

Mittels Erinnerungsschreiben will Maurice Ropraz die Gemeinden nun auf Verbesserungsmöglichkeiten aufmerksam machen. Auch will er mehr Kurse für neue Gemeinderäte anbieten und die Dossiers in einem Informatikprojekt standardisieren (siehe Kasten). «Da die Dossiers so komplex sind, sollten die Gemeinden auf Experten wie Architekten oder Planer zurückgreifen», fügte Ropraz an.

Widersprüche verzögern

Der Bericht zeigt auch auf kantonaler Ebene Verbesserungs-

potenzial auf. Alexis Overney hat festgestellt, dass die verschiedenen Ämter zum Teil widersprüchliche Gutachten erstellen. Auch würden sie negative Gutachten schreiben, ohne Lösungsvorschläge zu präsentieren, was die Gemeinden bemängelten. Weiter halten gewisse Ämter gemäss Overney die Fristen für die Bearbeitung der Dossiers nicht ein und sind zu wenig flexibel. Auch könne sich der Informationsaustausch zwischen den verschiedenen Ämtern verbessern.

Maurice Ropraz will verschiedene Vorschläge von Alexis Overney umsetzen. So sollen widersprüchliche Gutachten verboten werden, sofern sich die gesetzliche Grundlage zwischen Erstellung der einzelnen Gutachten nicht geändert hat. Auch soll das Bau-

und Raumplanungsamt die verschiedenen Dienststellen besser koordinieren. Bei anderen Punkten ist der Baudirektor jedoch zurückhaltend: So hat Overney vorgeschlagen, dass die Gutachten von Ämtern in der Konsultation – also vor Einreichen der Baubewilligungsgesuche – verbindlich sein müssten, damit Gesuchsteller nicht erst ein positives, später aber dann ein negatives Gutachten erhalten. Damit wartet Ropraz noch zu. Auch schlug Overney eine Harmonisierung der Verfahren bei den Oberämtern vor. Dies sei schwierig zu erreichen, sagte Ropraz hierzu.

Was Overney in seiner Untersuchung aber auch feststellte: «Alle wollen besser werden. Es ist zum Beispiel keinem Amt egal, wenn es die Fristen nicht einhalten kann.»

Digitalisierung: Baugesuche online verfolgen

Massnahmen für mehr Effizienz hat die Baudirektion 2014 bereits umgesetzt: Sie hat vier Vollzeitstellen geschaffen und einen «Wächter der Zeit» beauftragt, der das Fortschreiten der Baubewilligungs- und Raumplanungsdossiers kontrolliert. Das sollen künftig auch die Gesuchsteller von Baubewilligungen online tun können. Die Verfahren sollen komplett digital werden, was sie beschleunigen wird, da Gemeinden Gesuche erst einreichen könnten, wenn sie alle Informationen beisammenhaben. Bis Ende Jahr soll die Digitalisierung realisiert sein. *mir*

Gewerkschaften mobilisieren für Demonstration

Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes machen mobil: Sie haben für den 26. Juni zu einer öffentlichen Kundgebung gegen Sparmassnahmen aufgerufen.

FREIBURG Der Personalverband der Staatsangestellten (Fede) und der Verband des Personals der Sozialinstitutionen (Fopis) des Kantons Freiburg rufen zu einer Demonstration am Freitag, 26. Juni, auf. Die Kundgebung soll ab 17 Uhr auf dem Georges-Python-Platz in Freiburg stattfinden.

Schwerpunkt Spital

Wie die Gewerkschaften in einer Mitteilung schreiben, seien die Mitarbeiter im öffentlichen Dienst in den letzten Jahren zu manchem Opfer gezwungen worden. Nun aber solle der Staatsrat nach dem Willen der Gewerkschaften per 1. Januar 2016 die Struktur- und Sparmassnahmen abschwächen und Lohnanpassungen vornehmen. Auch sollen die Sparmassnahmen im Bildungsbereich gestoppt werden, und die Einschnitte beim Pflegepersonal des Freiburger Spitals sollten aufhören. Schliesslich wollen die Gewerkschaften sich für ein öffentliches Spital einsetzen und Tendenzen zur Privatisierung gegenüberstellen. *uh*

Express

Entgegenkommen für eingetragene Paare

FREIBURG Der Freiburger Staatsrat ist dafür, dass eingetragene Partnerschaften bei Einbürgerungen der Ehe gleichgestellt sein sollen. In der Stellungnahme zu einer entsprechenden Änderung der Bundesverfassung schreibt der Staatsrat: «Was Einbürgerungen betrifft, sollen ausländische Staatsbürger, die in einer eingetragenen Partnerschaft leben, nicht mehr benachteiligt werden gegenüber Ehepaaren, welche die Möglichkeit haben, durch ein erleichtertes Verfahren eingebürgert zu werden.» *uh*

Groupe E mit neuem Verwaltungsrat

DÜDINGEN An der Generalversammlung in Düdingen ist der Neuenburger Staatsrat Laurent Favre neu in den Verwaltungsrat von Groupe E gewählt worden. Er ersetzt den zurückgetretenen Yvan Perrin. Die Aktionäre genehmigten den von Präsident Claude Lässer und Generaldirektor Dominique Gachoud präsentierten Geschäftsbericht und stimmten einer Dividende von 3,25 Franken pro Aktie zu, schreibt das Unternehmen in einer Mitteilung. *uh*

Weniger Arbeitslose in der Stadt Freiburg

FREIBURG Verglichen zum Vormonat ist die Zahl der Arbeitssuchenden in Freiburg im Monat Mai um 0,4 Prozentpunkte auf 9,3 Prozent gesunken. Insgesamt 1725 Personen waren gemäss dem städtischen Arbeitsamt im Mai auf der Suche nach einem Job; 990 Männer und 735 Frauen. *rb*

Gewerkschafter sind gegen die Steueramnestie

FREIBURG Der Freiburgerische Gewerkschaftsbund (FGB) stellt sich vehement gegen das Projekt einer kantonalen Steueramnestie. Der FGB hat an der Vernehmlassung zum Projekt (die FN berichteten) teilgenommen und dabei kritisiert, dass die Amnestie eine massive Ungleichbehandlung zwischen kleinen und mittleren sowie grossen Einkommen schaffe. Das Bundesgericht habe diesen Sachverhalt auch bestätigt, heisst es in einer Mitteilung des FGB. Die kleinen und mittleren Einkommen würden bereits jetzt mehrfach im Jahr besteuert und von der Verwaltung scharf beobachtet, insbesondere im Zusammenhang mit den Sozialversicherungen.

Deshalb sei es inakzeptabel, wenn nun eine Sonderbehandlung für die vermögenden Bürger eingeführt werde, so der FGB. *uh*

Lohnungleichheit soll immer wieder überprüft werden

Der Kanton erfüllt die minimalen Anforderungen bezüglich Lohnungleichheit zwischen Mann und Frau. Aber der Staatsrat will die Daten aktualisieren lassen.

FREIBURG Ein Bericht des kantonalen Büros für die Gleichstellung von Mann und Frau war 2010 zum Schluss gekommen, dass Lohnunterschiede zwischen den Geschlechtern beim Staatspersonal vorhanden seien, dass aber 13,7 Prozent auf verschiedene objektive Faktoren und 4,5 Prozent auf das Geschlecht zurückzuführen seien. Dieser Wert lag gerade noch in der Toleranzschwelle des Programms Logib von 5 Prozent.

In der Antwort auf eine Frage der Grossrätinnen Giovanna Garghentini Python (SP, Freiburg) und Ursula Krattin-

ger-Jutzet (SP, Düdingen) anerkennt der Staatsrat aber, dass die Datenerhebung von 2008 schon zu lange zurückliegt, und er deshalb die Aktualisierung der Ergebnisse befürwortet.

Dies solle sich aus dem Plan für die Gleichstellung von Mann und Frau in der kantonalen Verwaltung ergeben, der dem Kanton Leitlinie ist. Der Plan verpflichte den Staatsrat, die Gleichstellung umfassender anzugehen, auch unter dem Aspekt der Chancengleichheit.

Er stütze sich dabei auch auf die Stellenbewertung Evalfri und das Programm Logib zur Berechnung der Löhne. Der Plan geht gemäss Staatsrat gar weiter als die Vorgaben der Equal-Salary-Zertifizierung, welche von den beiden Grossrätinnen in ihrer Eingabe zur Einführung angeregt wird. *uh*

Mehr Fälle für Fri-Santé

Beim Verein Fri-Santé hat die Zahl der Patienten und Sprechstunden 2014 stark zugenommen.

FREIBURG Fri-Santé verzeichnete laut Jahresbericht den extremsten Anstieg an Sprechstunden der letzten zehn Jahre. 2014 fanden 60 Prozent mehr Sprechstunden, medizinische Untersuchungen oder Sozialberatungen statt als 2013. Zudem wandten sich 144 neue Patienten an Fri-Santé, ein Plus von 45 Prozent. Um der erhöhten Nachfrage gerecht zu werden, stellte die Organisation zwei Ärzte sowie eine Sozialarbeiterin ein.

Fri-Santé kümmert sich um Personen, die nur schwer Zugang zum Gesundheitssystem haben, wie zum Beispiel Sans-Papiers, Sexarbeiterinnen oder Drogenabhängige. Vor allem Grisélidis, der Teil der Organisation, der sich um Prostituierte kümmert, kam mit Sprechstunden in der Alten Brunnen-gasse einem grossen Bedürfnis nach. 95 neue Personen be-

suchten die Sitzungen. Die Frauen brauchen gemäss Bericht hauptsächlich Hilfe mit Aufenthaltsbewilligungen, aber auch die Prävention von sexuell übertragbaren Krankheiten ist häufig Thema.

Seit ein von Anwohnern gegründeter Verein ein Verbot der Strassenprostitution in der Brunnengasse fordert, sind die Sexarbeiterinnen und so auch Grisélidis besorgt. Die Frauen fürchten um ihren Arbeitsplatz (die FN berichteten).

Der Verein Fri-Santé verzeichnete 2014 einen Gewinn von gut 1000 Schweizer Franken, bei einem Aufwand von 433 000 und Einnahmen von 434 000 Franken. Die Organisation konnte dank vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern Kosten einsparen. Spenden ermöglichten zudem einen Umzug in neue Räumlichkeiten. *cm*